

Jetzt bloß kein Westplaining!

Was würde eine Koalition mit dem BSW im Osten für die CDU bedeuten? Die Basis hat ein mulmiges Gefühl / Von Timo Steppat, Frankfurt

Trifft sich ein westdeutscher CDU-Stammtisch in diesen Tagen, geht es lange Zeit nicht um den Erfolg der AfD in Thüringen und Sachsen, es geht nicht um eine Zusammenarbeit mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) oder mit der Linken, um staatspolitische Verantwortung oder wie sich der Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr durch die Entscheidungen im Osten verändern könnte. Beim CDU-Stammtisch am Frankfurter Stadtrand in Praunheim geht es am Sonntagmorgen fast zwei Stunden um die griechische Gemeinschaft, um bilinguale Schulen, um gelingende Integration, um ärztliche Unterversorgung auf dem Land und Probleme im Bildungssystem, die nach Meinung einer Teilnehmerin mehrheitlich auf „sozialistische Politik“ der SPD zurückgingen. Sind Thüringen und Sachsen einfach zu weit weg, ist die Welt hier in Hessen noch in Ordnung?

Auf der Tafel, die in der Pizzeria Belanti gedeckt ist, stehen Antipasti-Teller mit gegrilltem Gemüse, Caprese und Meeresfrüchten, dazu gibt es deutsche Brötchen. Gefragt, was sie zu möglichen Koalitionsverhandlungen denken, antwortet die Landtagsabgeordnete Tanja Jost: „Die CDU hat gut abgeschnitten in Sachsen und Thüringen. Jetzt müssen die Leute vor Ort Gespräche führen.“ Beim Austausch merke man am besten, wo es Schnittmengen gebe. Jost, seit einem halben Jahr Abgeordnete, berichtet von den Sondierungen in Hessen, die „nicht einfach“ gewesen seien. Und das, obwohl die CDU dort mit SPD und Grünen verhandelte – und nicht mit dem BSW. Daran, dass die hessische CDU, die lange als besonders konservativ galt, 2008 Wahlkampf gegen eine Zusammenarbeit mit der Linken machte („Yp-

silanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen“), kann sich Jost nicht erinnern. Da sei sie noch nicht in der Partei gewesen. Jost will, wie viele andere in der hessischen CDU, den Parteifreunden in Erfurt und Dresden lieber keine Ratschläge erteilen. Die Dinge seien kompliziert genug. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck antwortete in solchen Situationen gern, dass Ratschläge auch Schläge seien. Und so sagen sie in der hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden, in der die CDU regiert, dass man jetzt bloß nicht in ein „Westplaining“ verfallen dürfe. Gemeint ist, dass man nicht überheblich aus Westsicht vorgeben dürfe, wie es nun zu laufen habe.

Auch Werner Caspars, der am Praunheimer Stammtisch sitzt, warnt vor Ratschlägen. In der Vergangenheit hätten sich die Menschen in Ostdeutschland oft von Parteien gegängelt gefühlt. Er appelliert, das Wahlergebnis zu akzeptieren, und zitiert den Komiker Harald Schmidt, wonach die Alternativen lediglich seien, die Wahlergebnisse vorher festzulegen oder die Wahlen abzuschaffen. Er vertraut auf die „sehr klugen Leute“ in den beiden Landesverbänden der CDU. Während die CDU in Sachsen stärkste Kraft ist, liegt sie in Thüringen weit hinter der AfD. In beiden Landesverbänden ist eine Zusammenarbeit mit dem BSW eine der wenigen Möglichkeiten.

Fast könnte man meinen, in der CDU blickte man leidenschaftslos auf die Frage, ob man mit der Partei der ehemaligen Marxistin Wagenknecht koaliere. Auch in den Reihen der Bundestags- und Landtagsabgeordneten der CDU warnen manche vor Stoppschildern, vor Brandmauern. Den Aufruf, der in der Bundes-

CDU initiiert wurde, nicht mit dem BSW zu koalieren und einen Unvereinbarkeitsbeschluss anzustreben, sehen viele kritisch. Immer wieder ist unter CDU-Leuten vom Spannungsverhältnis die Rede: Die programmatischen Werte der eigenen Partei auf der einen Seite, die von der Westbindung bis zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands dem BSW widersprechen, auf der anderen Seite jedoch die staatspolitische Verantwortung in Thüringen, die vor allem bedeute, den AfD-Vorsitzenden Björn Höcke als Ministerpräsident zu verhindern. Letzteres wiege immer stärker in einer pragmatischen Partei wie der CDU. „Das Land kommt immer zuerst“, sagt einer.

Gleichwohl hat sich ein „mulmiges Gefühl“ in der Partei ausgebreitet, so sagt es ein ehemaliger Spitzenmann der

hessischen CDU. Gerade den Älteren sei sehr wohl bewusst, was auch ein Bündnis mit dem BSW oder eine Tolerierung durch die Linke in Thüringen für die westdeutschen Landesverbände und für die Bundestagswahl bedeute. Empfohlen wird, „tastend“ vorzugehen. Mit dem BSW zu sprechen, zu schauen, wie viel Einfluss Wagenknecht tatsächlich auf die Landesverbände nehme. Die Jüngeren in der CDU sind zwar schockiert vom Erfolg der AfD, blicken aber leidenschaftsloser auf eine Zusammenarbeit mit der neuen Partei. Alles hänge vom konkreten Verhandlungsergebnis ab, und wie es in Thüringen später laufe. „Aber ein Bündnis mit dem BSW muss per se keinen Schaden für die CDU bedeuten“, sagt eine Bundestagsabgeordnete, die sich aber namentlich lieber

nicht zitieren lassen möchte. Manche zweifeln auch am Unvereinbarkeitsbeschluss, den sie vor Jahren in der CDU getroffen haben.

Eine Frau, die den Stammtisch in Praunheim besucht, empfiehlt der CDU als gesamter Partei, sie dürfe nicht dem Beispiel der FDP folgen und beliebig werden, das zerreiße die Partei. Ein anderer Mann warnt, dass Thüringen und Sachsen eine große Last für den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz sein dürften im Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr. Wie man es auch mache, sagt er, dürfte es schwierig werden. Die Leidenschaft, mit der die CDU einst gegen Rot-Rot-Grün mobilisierte, scheidet einer gespannten Zurückhaltung gewichen.

Bernhard Mertens, ein wacher älterer Herr, hat das „schreckliche Wahlergebnis“ in Thüringen und Sachsen von Praunheim aus beobachtet. Er wolle nicht in der Haut der CDU-Politiker in Sachsen und Thüringen stecken, die nun über eine Regierungsbildung verhandeln müssten, sagt er. Deshalb will er ihnen auch nicht reinreden. Nur für sich selbst kann er sagen: „Ich würde mit Frau Wagenknecht keine Koalition bilden wollen.“ Er würde abwarten, aber man müsse Höcke verhindern. Auch Dimitrios Georalis, Zahnarzt von Beruf, einfaches Parteimitglied, sagt, er möchte mit den Handelnden in Ostdeutschland nicht tauschen. Nur des Regierens willens dürfe man sich nicht für eine Zusammenarbeit entscheiden. „Es geht darum, Verantwortung für das Land zu übernehmen, aber die Grundsätze der CDU nicht über Board zu werfen“, sagt er. Auch an der westdeutschen Basis haben die ostdeutschen Verhandler eine gewisse Beinfreiheit.



Sonntagsfrühstück: Stammtisch der CDU Frankfurt-Praunheim Foto Peter Jülich